



## Plenarprotokoll

### 73. Sitzung

Donnerstag, 10. Dezember 2015

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches</b> .....	7447	Frédéric Verrycken (SPD), Berichterstatter .....	7447
<b>Neuer Staatssekretär Dr. Hans Reckers</b> ....	7504	Ergebnis .....	7617
<b>Dank an den entpflichteten Staatssekretär Guido Beermann</b> .....	7504	Beschlusstext .....	7622
<b>1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 (Haushaltsgesetz 2016/2017 – HG 16/17) ...</b>	7447	<b>1 a Generalausprache zum Einzelplan 03 – Regierender Bürgermeister –</b> .....	7449
Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache <a href="#">17/2600</a>		Raed Saleh (SPD) .....	7449
zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">17/2400</a>		Ramona Pop (GRÜNE) .....	7455
Zweite Lesung		Florian Graf (CDU) .....	7460
<u>sowie</u>		Udo Wolf (LINKE) .....	7466
<b>Anlage – Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2016 und 2017</b> .....	7447	Martin Delius (PIRATEN) .....	7472
<u>und</u>		Regierender Bürgermeister Michael Müller .....	7477
<b>Austauschseiten im Band 4 – Einzelplan 05</b> .....	7447	Ergebnis .....	7483
<u>hierzu:</u>		<b>2 Zweitwohnungsteuer im Sinne Berlins nutzen – Steuersatz anpassen (Zweitwohnungsteuergesetz – BlnZwStG)</b>	7483
Änderungsanträge der Fraktion Die Linke Drucksache <a href="#">17/2600-1</a> bis 17/2600-20		Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 27. November 2015 Drucksache <a href="#">17/2605</a>	
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Drucksache <a href="#">17/2600-21</a>		zum Antrag der Piratenfraktion Drucksache <a href="#">17/2533</a>	
Änderungsantrag der Piratenfraktion Drucksache <a href="#">17/2600-22</a>		Zweite Lesung	
		Ergebnis .....	7483

<b>1 d Einzelplan 05 – Inneres und Sport –</b>	7517
Frank Zimmermann (SPD)	7517
Benedikt Lux (GRÜNE)	7518
Dr. Robbin Juhnke (CDU)	7519
Hakan Taş (LINKE)	7521
Christopher Lauer (PIRATEN)	7522
Bürgermeister Frank Henkel	7525
Dennis Buchner (SPD)	7527
Anja Schillhaneck (GRÜNE)	7527
Peter Trapp (CDU)	7528
Dr. Gabriele Hiller (LINKE)	7529
Andreas Baum (PIRATEN)	7530
Ergebnis	7531

<b>1 e Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –</b>	7531
Sven Kohlmeier (SPD)	7531
Martin Delius (PIRATEN)	7532
Sven Kohlmeier (SPD)	7532
Dirk Behrendt (GRÜNE)	7533
Sven Rissmann (CDU)	7534
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	7535
Dr. Simon Weiß (PIRATEN)	7536
Senator Thomas Heilmann	7537
Dr. Turgut Altug (GRÜNE)	7538
Claudio Jupe (CDU)	7539
Simon Kowalewski (PIRATEN)	7539
Ergebnis	7540

<b>1 f Einzelplan 09 – Arbeit, Integration und Frauen –</b>	7540
Burgunde Grosse (SPD)	7540
Sabine Bangert (GRÜNE)	7541
Dr. Niels Korte (CDU)	7541
Elke Breitenbach (LINKE)	7542
Alexander Spies (PIRATEN)	7543
Bürgermeisterin Dilek Kolat	7543
Rainer-Michael Lehmann (SPD)	7545
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)	7546
Burkard Dregger (CDU)	7547
Elke Breitenbach (LINKE)	7547
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	7548
Dr. Ina Czyborra (SPD)	7549
Anja Kofbinger (GRÜNE)	7550
Evrin Sommer (LINKE)	7550
Simon Kowalewski (PIRATEN)	7551
Dr. Susanne Kitschun (SPD)	7552
Ergebnis	7552

<b>1 g Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Wissenschaft –</b>	7552
İlkin Özışık (SPD)	7553
Stefanie Remlinger (GRÜNE)	7554
Hildegard Bentele (CDU)	7555
Regina Kittler (LINKE)	7556
Lars Oberg (SPD)	7557

Regina Kittler (LINKE)	7557
Martin Delius (PIRATEN)	7557
Senatorin Sandra Scheeres	7559
Björn Eggert (SPD)	7561
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	7562
Roman Simon (CDU)	7563
Katrin Möller (LINKE)	7564
Susanne Graf (PIRATEN)	7565
Anja Schillhaneck (GRÜNE)	7566
Lars Oberg (SPD)	7566
Anja Schillhaneck (GRÜNE)	7567
Dr. Hans-Christian Hausmann (CDU)	7568
Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	7568
Ergebnis	7569

<b>1 h Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales –</b>	7569
Thomas Isenberg (SPD)	7569
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	7571
Dr. Gottfried Ludewig (CDU)	7571
Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	7573
Alexander Spies (PIRATEN)	7574
Senator Mario Czaja	7575
Ulker Radziwill (SPD)	7577
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)	7577
Joachim Krüger (CDU)	7578
Canan Bayram (GRÜNE)	7579
Joachim Krüger (CDU)	7580
Elke Breitenbach (LINKE)	7580
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	7582
Ergebnis	7583

<b>1 i Einzelplan 12 – Stadtentwicklung und Umwelt –</b>	7583
Iris Spranger (SPD)	7583
Andreas Otto (GRÜNE)	7584
Matthias Brauner (CDU)	7585
Katrin Lompscher (LINKE)	7586
Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	7587
Senator Andreas Geisel	7588
Ellen Haußdörfer (SPD)	7590
Silke Gebel (GRÜNE)	7591
Sven Heinemann (SPD)	7592
Silke Gebel (GRÜNE)	7593
Stefan Evers (CDU)	7593
Marion Platta (LINKE)	7594
Wolfram Prieß (PIRATEN)	7595
Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	7596
Harald Wolf (LINKE)	7597
Andreas Baum (PIRATEN)	7598
Ergebnis	7599

<b>1 j Einzelplan 13 – Wirtschaft, Technologie und Forschung –</b>	7599
Frank Jahnke (SPD)	7599
Nicole Ludwig (GRÜNE)	7601

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Baum! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer nun dem Einzelplan 05, Inneres und Sport, unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Hauptausschusses gemäß Drucksache 17/2600 und den Auflagenbeschlüssen des Hauptausschusses Nummern 39 bis 42 vorbehaltlich der am Ende der Sitzung abzustimmenden Änderungsanträge der Fraktionen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der CDU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion Die Linke und die Piratenfraktion. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen, dann ist das angenommen.

Ich rufe auf

**1fd. Nr. 1 e:**

**Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –**

Ich verknüpfe dies mit der Beratung über die Auflagenbeschlüsse des Hauptausschusses Nummer 43 bis 49 in der Drucksache 17/2600. In der Rederunde beginnt die Fraktion der SPD. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kohlmeier. – Bitte!

**Sven Kohlmeier (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Generaldebatte heute Morgen haben die Oppositionsfraktionen und insbesondere Herr Delius, ich zitiere, die „Sinnhaftigkeit unseres Wahlkampfhaushaltes“ infrage gestellt. Die Oppositionsfraktionen diskreditieren damit meines Erachtens die wichtige Arbeit von uns Fachpolitikern, denn das, was heute hier im Haus beschlossen wird, ist letztendlich der Haushalt der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz und der weiteren Verwaltungen, und das bestimmt bekanntermaßen für die nächsten zwei Jahre die Tätigkeit der Verwaltungen.

Es ist keine Frage von Sinnhaftigkeit, es ist eine Frage von Notwendigkeit, um das Zusammenleben in unserer Stadt zu regeln. Das können Sie politisch falsch finden, liebe Kollegen von der Opposition, aber ich frage mich ernsthaft, warum Sie zum Beispiel bei der Finanzierung der Gewaltschutzambulanz die Sinnhaftigkeit pauschal infrage stellen. Das enttäuscht mich, lieber Kollege Delius, denn es war auch Ihre Fraktion, die die Finanzierung der Gewaltschutzambulanz als notwendig angesehen hat.

[Martin Delius (PIRATEN): Tue ich doch gar nicht!  
Ich habe es gelobt!]

Die Koalitionsfraktionen haben in diesem Haushaltsplan für die Gewaltschutzambulanz 530 000 Euro zusätzlich zu dem Senatsplan eingestellt, sodass in diesem Jahr 730 000 Euro für die Gewaltschutzambulanz zur Verfügung stehen, um das Angebot zeitlich auszuweiten und um vertrauliche Spurensicherung anzubieten.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Wir stärken die Arbeit des Tierschutzbeauftragten mit 100 000 Euro.

[Beifall von Daniel Buchholz (SPD) und von Liane Ollech (SPD)]

– Kollege Buchholz ist hochbegeistert. Der Tierschutzbeauftragte hoffentlich auch. – Die Referendare sollen 100 Euro mehr im Monat bekommen. Das Verwaltungsgericht bekommt vier zusätzliche Stellen, weil wir von steigenden Asylverfahren ausgehen. Es gibt ein Pilotprojekt „Digitalisierung und Intranet im Berliner Strafvollzug“. Zusätzlich 100 000 Euro werden für die Verbraucherschutzzentrale Berlin bereitgestellt. Es wird eine Erhöhung der Anwärterbezüge geben, und die Mobilfunkunterdrückung in den Justizvollzugsanstalten wird ausgebaut.

Das alles sind Maßnahmen, die meines Erachtens von der Opposition begrüßt werden müssten. Da dürfte es eigentlich keinen politischen Dissens geben, und trotzdem werden wir gleich bei den Reden von den Grünen, den Linken und den Piraten erleben, was gefordert wird: Alles zu wenig, hätte mehr sein können, könnte früher finanziert werden, hätte schneller kommen müssen, könnte besser gemacht werden, und Sie haben bestimmt noch fünf andere von diesen Formulierungen auf Lager. Viel „hätte“ und „könnte“, liebe Kollegen von der Opposition, nur von „hätte“ und „könnte“ können weder die Gewaltschutzambulanz noch die Referendare und die Verbraucherschutzzentrale leben.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Und liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, „hätte“ und „könnte“ habe ich hier im Haus auch noch nicht getroffen.

[Heiterkeit von Torsten Schneider (SPD)]

Wen ich getroffen habe, das sind engagierte Fachpolitiker der Koalitionsfraktionen gewesen, die darum gestritten haben, was die beste Finanzierung und die besten Projekte für den Justiz- und Verbraucherschutzhaushalt waren. Ja, wir haben miteinander gestritten, aber immer menschlich, fair und freundschaftlich. Aber so ist nun mal eine Koalition, und so funktioniert eine Koalition: Wer nicht streitet, der lebt nicht mehr.

Bei den Verhandlungen mit den Koalitionspartnern ergeben sich selbstverständlich auch Projekte, für die sich der eine oder andere Koalitionspartner mehr eingesetzt hat. Sie können und Sie werden garantiert gleich die Drogenspürhunde kritisieren, die wir finanzieren. Auch ich habe mich vor fünf Jahren, als es einen entsprechenden Vorschlag der hier noch bestehenden FDP in diesem Hause gab, gegen die Drogenspürhunde ausgesprochen, und wir haben das als rot-rote Koalition damals abgelehnt. Aber ich muss auch anerkennen, dass es weiterhin Drogen im Gefängnis gibt und dass diese Drogen genauso üblich

**(Sven Kohlmeier)**

sind wie außerhalb der Gefängnismauern. Und ich sehe die Chance, dass Drogenspürhunde den Drogenkonsum und den Drogenhandel im Gefängnis einschränken. Ich sehe die Chance, dass das Einbringen von Drogen ins Gefängnis erschwert wird. Dafür sage ich: Ja, lasst es uns probieren, und lasst uns in zwei Jahren bei den nächsten Haushaltsberatungen schauen, ob die Entscheidung richtig war, die wir heute hier getroffen haben.

Ich will eine weitere Entscheidung ansprechen, die uns in zwei Jahren beschäftigen wird. Wir haben in diesem Haushalt die Grundlage gelegt, dass das Landgericht neu organisiert wird. Die Rechtsprechung soll einheitlich in der Littenstraße in Mitte erfolgen, die Verwaltungstätigkeit einheitlich am Tegeler Weg. Die derzeitige Aufteilung, die wohl historisch bedingt ist, soll überdacht werden, und damit wollen wir eine effiziente Gerichtsstruktur für die Zukunft schaffen. Ich finde, dass die Rechtspolitiker der Koalitionsfraktionen hier gute Entscheidungen getroffen haben, und dass die Justiz und der Verbraucherschutz mit unserer Entscheidung sehr zufrieden sein können.

Ich möchte mich zum Abschluss zunächst bei meinem Koalitionspartner, hier insbesondere Cornelia Seibeld und Sven Rissmann, für die immer gute Atmosphäre und das manchmal gute Essen bedanken, was wir in der Haushaltsberatung miteinander genossen haben.

[Heidi Kosche (GRÜNE): Was?]

Ich bedanke mich bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern der Koalitionsfraktionen, Herrn Dittmer, der dahinten sitzt, und Herrn Reiner Zisgen für die Unterstützung und Umsetzung unserer Ideen. Ich bedanke mich bei Frau Neskovic von der Piratenfraktion, die sich vehement im Rechtsausschuss für die Gewaltschutzambulanz eingesetzt hat. Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern des Hauses, insbesondere bei Frau Dr. Reiter, für die Arbeit und Unterstützung im Ausschuss. Und schlussendlich selbstverständlich der wichtigste Dank an die haushaltspolitischen Sprecher der Fraktion, Torsten Schneider und Herrn Gojny, dass unsere Vorschläge in der letzten Lesung, in der Abschlussrunde der Haushaltspolitiker, durchgekommen sind und dort bestätigt wurden. – Herzlichen Dank!

[Torsten Schneider (SPD): Bravo! –  
Beifall bei der SPD und der CDU]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kohlmeier! – Das Wort zu einer Zwischenbemerkung hat nun der Herr Abgeordnete Delius. – Bitte!

[Andreas Baum (PIRATEN): Erzähl mal was  
übers Essen!]

**Martin Delius (PIRATEN):**

Ich habe schon gehört, alles privat bezahlt, insofern hat der Rechnungshof damit auch nichts zu tun. – Herr Kollege Kohlmeier! Da Sie die Hälfte Ihrer Rede darauf aufgebaut haben, was Sie glauben, von mir gehört zu haben, will ich das mal kurz alles entkräften. Zum einen habe ich nicht von einem Wahlkampfhaushalt gesprochen. Das haben die anderen. Das Wort habe ich explizit ausgelassen. Das ist aber nicht so wichtig. Sie haben über die Gewaltschutzambulanz geredet. Ich habe Sie dafür gelobt, dass nun endlich eine vernünftige Finanzierung dafür da ist. Was heißt in dem Fall vernünftig? – Nicht auskömmlich. Erstens ist die Gewaltschutzambulanz mit den Mitteln, die Sie eingestellt haben, nur als Tagesambulanz, nämlich mit Öffnungszeiten zwischen 8 und 12 Uhr und 12 und 16 Uhr, glaube ich, zu betreiben. Zweitens machen Sie keine Angebote für Opfer sexualisierter Gewalttaten. Die sind aber unbedingt notwendig, um eine vernünftige Gewaltschutzambulanz und vor allen Dingen eine vertrauliche Spurensicherung zu machen.

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN  
und den GRÜNEN]

Und das war mein Kritikpunkt. Sie bieten keine vernünftige vertrauliche Spurensicherung an. Das können Sie mit den finanziellen Mitteln überhaupt nicht, und das bedeutet, dass Sie Schlusslicht im Bundesvergleich sind. So, und das können Sie gerne noch mal versuchen zu entkräften. Wie gesagt, wenn Sie nur die Hälfte meiner Rede verstehen und die dann als Grundlage Ihrer Rede benutzen, dann müssen Sie auch damit rechnen, dass ich Ihnen die Grundlage unter den Füßen wegziehe. – Vielen Dank!

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –  
Beifall von Heidi Kosche (GRÜNE)]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Delius! – Herr Kohlmeier, Sie möchten replizieren. – Bitte!

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Das wird davon auch  
nicht besser! –

Torsten Schneider (SPD): Wir sind die Guten,  
Sie sind die Grünen!]

**Sven Kohlmeier (SPD):**

Lieber Kollege Delius! Sie tun mir wirklich leid, weil Sie heute doch einen sehr bescheidenen Tag haben. Sie müssen sich hier vorne hinstellen und können nicht sagen, dass das, was wir machen, hervorragend ist, dass wir der Gewaltschutzambulanz 730 000 Euro zur Verfügung stellen. Sie stellen sich hierhin und machen genau das, was ich Ihnen vorhergesagt habe. Sie stellen sich hin und sagen „hätte, müsste, könnte, sollte“. Sie sind nicht „hätte, müsste, könnte, sollte“. Freuen Sie sich über das, was wir bereitgestellt haben, und wir machen hier erheblich

**(Sven Kohlmeier)**

mehr, als Sie in den letzten vier Jahren hier geschafft haben, lieber Kollege Delius.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Martin Delius (PIRATEN): Ich habe Ihnen erklärt, das, was Sie tun, ist nicht das, was Sie sagen!]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Kohlmeier! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Behrendt. – Bitte!

**Dirk Behrendt (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wo sind die Konzepte für die Berliner Justiz im 21. Jahrhundert? – In diesem Haushalt sind sie jedenfalls nicht!

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und  
den PIRATEN]

Der Weltpolitiker Heilmann kümmert sich gerne um die Ukrainekrise; da hat er langatmige Ausführungen im Rechtsausschuss zur Situation in der Ukraine gemacht. Dann kümmert er sich gerne um Themen, wo er überhaupt nicht zuständig ist, nämlich um die Gasnetzvergabe. Wir erinnern uns mit Schrecken daran, dass er mit dem Senator Nußbaum schon Rechtsanwaltschreiben ausgetauscht hat, wo sie sich gegenseitig irgendwelche Äußerungen untersagen lassen wollten. Und wir erinnern uns vor allem schmerzlich an seine Giftliste zur Verschärfung des bundesrepublikanischen Asylrechts – eine verfassungswidrige Giftliste. Das Problem dabei ist, er ist überhaupt nicht zuständig. Die Justizverwaltung ist nicht zuständig. Ich würde mir gerne mal einen Justizsenator wünschen mit ähnlichem Engagement, der die Probleme der Berliner Justiz angeht.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wo sind denn die Ideen beispielsweise, wie wir das Personal in den Berliner Gefängnissen für die multireligiöse und multikulturelle Berliner Realität fit machen? Es ist doch ein Armutzeugnis, dass auf meine Frage die Justizverwaltung mir nicht mitteilen konnte, ob wir auch nur einen einzigen Arabisch sprechenden Mitarbeiter in den Berliner Gefängnissen haben, der mögliche – das wissen wir ja nach den Anschlägen in Paris – jihadistische Rekrutierungen in den Berliner Gefängnissen überhaupt nur erkennen kann. Stattdessen gibt der Justizsenator 140 000 Euro für eine Studie aus, die auch von dem ehemaligen Bezirksbürgermeister Buschkowsky stammen könnte – er hat sie ja gestern vorgestellt. Wenig überraschend kommt der Gutachter zu dem Ergebnis, dass es selbst in Neukölln keine Paralleljustiz gibt, und er schreibt wörtlich:

Die Bedeutung sogenannter Friedensrichter wird in der Öffentlichkeit stark überschätzt.

Wen hat er damit gemeint? – Wahrscheinlich die Berliner CDU, die ja große Veranstaltungen hier in diesem Haus veranstaltet über die große Gefahr Paralleljustiz, Scharia-Gerichte. – Ich bin ja froh, dass Sie einen vernünftigen Gutachter ausgewählt und nicht Herrn Wagner genommen haben, das hatte ich ja immer befürchtet. – Das Ergebnis des Gutachtens ist jedenfalls: vor allem in der öffentlichen Diskussion viel heiße Luft um diese Paralleljustiz. Es gibt so gut wie keine Anhaltspunkte dafür, dass es das in Neukölln oder anderen Teilen der Stadt gibt. Was es sehr wohl gibt und was zu bekämpfen ist, ist organisierte Kriminalität. Dafür brauchen wir aber kein Gutachten für 140 000 Euro.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Heidi Kosche (GRÜNE): Dafür brauchen wir  
einen Justizsenator!]

Trotz historisch niedriger Gefangenzahlen möchte Senator Heilmann noch ein neues Gefängnis bauen, nämlich ein weiteres Haus in Tegel, anstatt sich mal daran zu machen, etwas dringend Sanierungsbedürftiges zu sanieren: die Uraltgemäuer in Moabit, da passiert ein kleines bisschen was; aber Haus 3 in Tegel, auch ein Gebäude aus dem 19. Jahrhundert? – Nein, wir bauen lieber neu!

Dann – das wird er ja gleich wieder machen – läuft er durch die Stadt und rühmt sich toller neuer Stellen im Justizvollzug. Bei genauerer Betrachtung erweist sich das aber als unwahr. Denn die paar neuen Stellen, die es gibt, sind für die IT-Ausstattung. Das wird kaum zur Resozialisierung beitragen, das wird kaum die Berliner Gefängnisse gewaltfreier machen. Und wir haben einen weiteren Stellenaufwuchs von zehn Stellen in der Senatsverwaltung für Justiz. Uns konnte in den Ausschussberatungen niemand plausibel machen, wofür dieser weitere Stellenaufwuchs eigentlich erforderlich ist. Wir haben keine Aufgabenzuwächse bei der Justizverwaltung, aber wir haben einen bemerkenswerten Aufwuchs von Stellen: Wir haben im Jahr 2013 in der Justizverwaltung 99 Beamte gehabt, und nach dem heute hier zu verabschiedenden Plan haben wir im Jahr 2017 127 Beamte. Das ist ein Aufwuchs um 28 Prozent, ohne – ich betone „ohne“; Verbraucherschutz ist nicht dabei – dass eine einzige Aufgabe dazugekommen wäre. Da fragt man sich, warum eigentlich? Das ist doch begründungsbedürftig. Das wurde aber nicht begründet, man kann nur mutmaßen, insbesondere bei den zehn Stellen, um die es jetzt geht, da sollen noch mal auf den letzten Drücker ein paar Parteifreunde bedient werden. Dieser Stellenaufwuchs ist schamlos!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN  
und den PIRATEN]

Aber die große justizpolitische Innovation – die hat ja selbst Eingang gefunden in die Rede des Fraktionsvorsitzenden, ehemals Dr., Florian Graf – sind ja die acht Hunde im Berliner Justizvollzug. Das scheint die große Innovation zu sein, die sogar Herr Graf hier heute verkünden muss. Mich erinnert das an die Zeiten vor 1990, da hatten

**(Dirk Behrendt)**

wir im Ostteil der Stadt Hunde im Strafvollzug – ich bin der Meinung, dahin wollen wir nicht wieder zurück.

Mein letzter Punkt: Wer ist das große Sparopfer? – Der Nachwuchs! Es werden massiv Referendarstellen eingespart, das führt zu noch mehr Wartezeiten, bevor die jungen Menschen endlich arbeiten können. Wir diskutieren international, die Juristenausbildung sei viel zu lang in Deutschland. Wenn Sie jetzt Referendarstellen einsparen, führt das dazu, dass wir dort massiv Wartezeiten haben und die jungen Leute noch später, mit Ende Zwanzig erst, in den Beruf kommen. Das weist in die völlig falsche Richtung. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Rissmann. – Bitte!

**Sven Rissmann (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir Christdemokraten geben niemanden auf,

[Ajibola Olalowo (GRÜNE): Auch nicht Herrn Allert!]

auch nicht Dirk Behrendt von den Grünen. Darum erzähle ich jetzt das gleiche noch mal, was der Kollege Kohlmeier zutreffenderweise berichtet hat, vielleicht nur ein bisschen einfühlsamer, langsamer und mit anderen Worten, in der Hoffnung, dass es doch noch ankommt auch bei Ihnen, lieber Kollege Behrendt!

Heute haben wir schon viel über die großen Linien gehört, die in diesen Haushalt Eingang gefunden haben. So ein Haushalt und Politik lebt doch aber auch von den kleineren Schwerpunkten in den Einzelplänen, weil sie doch Ergebnis unseres zum Teil jahrelangen Ringens in den Fachausschüssen, in den Gesprächen mit den Fachleuten und den gesellschaftlichen Akteuren sind. Und der Blick in diesen Einzelplan 06 – Justiz – zeigt – Kollege Kohlmeier hat den Schwerpunkt benannt –, dass wir weiterhin auf Sicherheit und Opferschutz Wert legen, dort unseren Schwerpunkt sehen und den Kurs der letzten Jahre fortsetzen und uns damit einfügen in das große Werk der Koalition, das hier heute beschlossen wird.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Wow, Pathos!]

Einige Punkte will ich herausgreifen, um greifbar zu machen, dass wir unser Versprechen, in Berlin eine funktionierende Justiz und einen effektiven Strafvollzug zu gewährleisten, umsetzen. Im Bereich Justizvollzug haben wir nicht nur den rot-roten Stellenabbau gestoppt, sondern die Umkehr eingeleitet, indem wir 100 neue Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst schaffen. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für unsere Mitarbeiter im Justizvollzug: 31 Stellenhebungen im Verwaltungsdienst der

Justizvollzugsanstalten; die Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung einer Anwärtersonderzulage für Justizvollzugsanwärter, um weiterhin qualifiziertes Personal für diesen schwierigen Job zu gewinnen; die Angleichung, das heißt, Erhöhung der Vollzugszulage für die Bediensteten in Justizvollzugsanstalten auf das Niveau des Polizeivollzuges.

Wir werden auch nicht nachlassen, die Ordnung in den Anstalten aufrechtzuerhalten. Dort, wo die von uns auf den Weg gebrachten Mobilfunkblocker im Einsatz sind, gibt es keine unerlaubte Handynutzung und damit keine Zeugenbeeinflussung mehr, keinen Kontakt ins kriminelle Milieu, keine Weiterführung von Straftaten durch die Strafgefangenen. Und genau da werden wir weitermachen.

[Beifall bei der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Insbesondere an die Grünen, aber auch insgesamt an die Opposition: Wir finden uns nicht damit ab, dass in unseren Haftanstalten jedermann offenbar problemlos an Drogen kommen kann. Drogen sind oft die Ursache und der Grund für die in die Strafanstalt führenden kriminellen Karrieren. Wir gehen jetzt hier in Berlin einen neuen Weg und werden ab 2016 Drogenspürhunde einsetzen in unseren Haftanstalten, um diesen Sumpf trockenenzulegen.

[Heidi Kosche (GRÜNE): Spüren die auch Alkohol auf?]

Wir haben die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte weiter gestärkt. Wir haben sie aus dem Schattendasein, das die Justiz in den Jahren 2001 bis 2011 führen musste, nachhaltig hinausgeführt. Bei den Strafverfolgungsbehörden findet mit insgesamt 74 neuen Stellen der größte Stellenzuwachs seit der Wiedervereinigung statt. Wir sehen die Herausforderungen, die auf die Berliner Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Flut von Asylsachen zukommen wird, und sorgen dort deshalb bereits jetzt für neue Stellen.

Wir stehen für einen effektiven Rechtsschutz, das heißt, Angelegenheiten müssen schnell erledigt werden. Wir schaffen 169 Stellen für die Berliner Gerichte, 89 im Jahr 2016, 80 2017. Wir haben den elektronischen Rechtsverkehr, der in diesem Zusammenhang zu nennen ist, allein mit 16 Millionen Euro weiter vorangetrieben. Und wir kümmern uns um den Justiznachwuchs – anders als es Herr Kollege Behrendt darstellt. Wir erhöhen die Unterhaltsbeihilfe für die Referendare um 100 Euro monatlich,

[Heidi Kosche (GRÜNE): Endlich! Endlich prassen!]

damit sich unsere jungen Kolleginnen und Kollegen auf ihre Ausbildung und nicht auf deren Finanzierung konzentrieren können und müssen.

Und schließlich sehen Sie die Handschrift der Union auch daran, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auch in diesem Haushalt die Belange der Opfer von Straftaten stärker in den Blick nehmen konnten. Die

**(Sven Rissmann)**

bereits geschaffene Gewaltschutzambulanz wird noch besser finanziell ausgestattet, um das Leistungsangebot zu verbreitern. Besonders stolz sind wir auf die Einrichtung von Kinderschutzambulanzen, die ab 2016 die gerichtsfeste Dokumentation von Verletzungen nach Straftaten auch für die Schwächsten in unserer Gesellschaft ermöglichen werden.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Ich darf mich abschließend bei meinem geschätzten Kollegen Sven Kohlmeier für die wieder einmal vertrauensvolle, gute Zusammenarbeit bedanken, die im besten demokratischen Sinn nicht nur für gute Kompromisse gesorgt hat, die nicht in erster Linie christ- oder sozialdemokratisch sind, sondern gut für die Justiz und damit gut für die Menschen in unserer Stadt Berlin. – Vielen Dank!

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Rissmann! – Für die Linksfraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Lederer. – Bitte!

**Dr. Klaus Lederer (LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die positiven Entwicklungen in diesem Etat, in diesem Einzelplan, wenngleich sie deutlich unter den Möglichkeiten bleiben, kann man durchaus hervorheben. Und dazu gehört in jedem Fall die Gewaltschutzambulanz. Das ist so, das kann man benennen, das ist positiv. Das haben wir unterstützt. Wir haben es begleitet, und die Kritik vom Kollegen Delius teile ich. Aber nichtsdestotrotz ist es der Einstieg in eine gute Entwicklung; das ist eine Sache, die tatsächlich auch unseren Beifall findet – das kann man an der Stelle deutlich sagen.

Auf der anderen Seite sage ich trotz alledem: Für ambitionierte Gestaltung wäre jetzt Raum gewesen, und im Unterschied – das ist ja heute schon mal hervorgehoben worden – zu der Zeit, wo wir hier die Aufräumarbeiten für verfehlte Finanzpolitik zu leisten hatten, sind die Spielräume jetzt da. Ganz offenbar aber ist Tilgungssymbolik wichtiger als kraftvolle und sinnvolle Schwerpunktsetzung. Nehmen wir beispielsweise den Ausbau der Kinderschutzambulanzen oder die Ausstattung der Gewaltschutzambulanz in einer Weise, die der Kollege Delius vorhin ja auch hervorgehoben hat – das hätten wir uns beherzter gewünscht; das hätte man auch machen können.

Ausbildungsstellenschaffung im allgemeinen Vollzugsdienst und in den sonstigen Justizvollzugsbereichen ist auch eine Sache, die wir unterstützen. Auch hier ist die Situation so: Wir mussten jahrelang abbauen. – Wir haben im Übrigen im Justizbereich durchaus auch eingestellt; was die beiden Kollegen über die rot-rote Zeit gesagt haben, ist einfach nicht wahr. – Aber im Justizvollzugsbereich ist in der Tat die Decke dünn. Da passiert

jetzt was. Auch das unterstützen wir, und wir finden es richtig, auch wenn wir es uns planvoller gewünscht hätten. Das Personalentwicklungskonzept des Senats – diese 13 Seiten mit Tabellen, die wir im Frühsommer zugestellt bekommen haben – verdient ja den Namen nicht. Ich hätte mir gerne tatsächlich gewünscht, dass man mal hingeguckt hätte: Wo liegen die Probleme? Wo muss nachgesteuert werden? Wo setzt man auch neue Akzente? – Hier mal ein paar Stellen, da mal ein paar Stellen: Das reicht eben nicht aus, und die Begründungen für die jeweiligen Stellenaufwüchse – der Kollege Behrendt hat es hervorgehoben – sind eben tatsächlich dünn. Eine interne Organisationsuntersuchung zur Angleichung der Struktur der Justizvollzugsanstalten ist halt auch kein genauer Blick dahin, welcher Behandlungs- und Resozialisierungsbedarf besteht und welches Personal man dafür braucht, sondern doch eher das Anlegen des dicken Meters.

Insgesamt ist die Tendenz – Kollege Behrendt hat das völlig richtig hervorgehoben –: mehr Häuptlinge, weniger Indianer. Das trifft in den Vollzugsanstalten zu; das betrifft die Verwaltung insgesamt, und das finden wir in der Tat nicht richtig. Die Abarbeitung von Dauerproblemen wird nicht engagiert angegangen. Stattdessen hat man den Eindruck, die Koalition pflegt ihre Hobbys, und dann wird ein bisschen Klientel bedient – mehr symbolisch, ohne wirklichen Sinn.

[Beifall bei der LINKEN]

Verbraucherschutz: Die Abteilung wird saftig aufgestockt, dabei fragen sich die Eingeweihten, was dort eigentlich geschieht. Die Verbraucherzentrale auf der anderen Seite, die systematisch unterausgestattet ist, verharrt auf dem Niveau. Das finden wir an dieser Stelle nicht korrekt. Unter Rot-Rot hat die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz mit einem Staatssekretär mehr geleistet als die Senatsjustizverwaltung mit zweien. Das ist Stückwerk! Große Linien sucht man vergeblich. Verbraucherschutzpolitische Leitlinien sind das letzte Mal vor Beginn dieser Legislaturperiode diskutiert worden, und ein ordentlicher Schluck aus der Personalmittelpulle ist in der Sache eben tatsächlich nicht begründet.

Dramatisch ist nach wie vor die Besoldungssituation: Die Anpassung an den Bundesdurchschnitt – das zieht sich durch alle Einzelpläne – lässt auf sich warten. Die Verfassungskonformität der Richterinnen- und Richterbesoldung prüft der Senat jetzt ein halbes Jahr. Wir wissen nicht so richtig, was er prüft und wie lange er prüft; irgendwann werden wir es vielleicht noch erfahren.

Der große Schwerpunkt der Landesjustizzuständigkeit ist und bleibt der Vollzug. Und da kann ich nur sagen: Vollzug ist mehr als Wegsperrern – Vollzug ist vor allem Resozialisierung. Von den beiden Kollegen ist gesagt worden, Sicherheitsmaßnahmen und Sicherheitsinvestitionen stünden für sie im Vordergrund. Ich sage nur: Eine

**(Dr. Klaus Lederer)**

überzeugende Personalplanung statt des Fahrens auf Sicht, eine vernünftige Vergütung, eine Anpassung der Besoldung, eine gute Ausbildung für das Land Berlin – wir müssen doch die Leute nicht ausbilden, und dann wandern sie in andere Bundesländer ab: Das steht aus und kommt auch mit diesem Haushalt nicht. Haftvermeidung, die Bekämpfung von Ersatzfreiheitsstrafenabsatzung und die Vorverlagerung der Entlassungszeitpunkte – all das sind Baustellen, die unbearbeitet sind. Und das Strafvollzugsgesetz selbst, unambitioniert und die Fortschreibung des Status quo, sollte ursprünglich vor dem Haushalt beraten werden, damit die Ergebnisse noch einfließen können. Jetzt hat man konsequenterweise gesagt, wir machen es danach. – Ja klar, weil Haushaltsauswirkungen gleich null!

Letzter Punkt: Spielräume für die Tarifierung bei freien Trägern sind nicht genutzt worden. Das ist schade. Es wäre doch endlich an der Zeit! Sehr, sehr lange ist da nichts passiert. Über die Gefangenenentlohnung ist nicht wirklich diskutiert worden. Die Öffnung der totalen Institution Gefängnis – nichts da! Also: So oder so – man hätte eine Menge machen können. Aber der Kollege Behrendt hat recht: Es ist in den wesentlichen Punkten die Festschreibung des Status quo, und nichts passiert. Referendarausbildung: Wir loben, dass die Bezüge angehoben werden sollen. Allerdings müssen wir jetzt erst mal sehen. Nur warum man jetzt die Bezahlung der Referendare gegen den Umfang der Referendarausbildung ausspielt: Das konnte mir bisher keiner erklären. Das ist bedauerlich. – Wir werden Ihrem Etat nicht zustimmen!

[Beifall bei der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei GRÜNEN und PIRATEN]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Dr. Lederer! – Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Weiß. – Bitte!

**Dr. Simon Weiß (PIRATEN):**

Vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Wir hatten das Thema eben schon ein bisschen: Ich finde es immer ganz interessant, mit was für einer Rhetorik die Koalition über den Personalabbau und seinen Stopp im Land Berlin spricht. Eben hieß es, es wäre mit dem dritten Haushalt, der in dieser Legislatur vorgelegt worden wäre, der rote Personalabbau gestoppt worden. Wem gehört denn der Personalabbau der letzten vier Jahre?

[Beifall von Dr. Klaus Lederer (LINKE)]

Also es ist ja nun ein bisschen spät, nun irgendwas von Rot-Rot zu stoppen. Und in der Tat handelt es sich um eine dringend notwendige Umsteuerung; es ist auch positiv, dass die jetzt insgesamt stattfindet, auch wenn man nicht mit jedem Detail einverstanden ist. Es ist richtig. Wir haben vorhin in der Generaldebatte gehört, dass es

ein wichtiger Maßstab für die SPD ist, wie hoch sich die Brandbriefe stapeln: Sie haben sich relativ hoch gestapelt aus der Justiz, aus dem Vollzug und den Gerichten. Insofern ist die Umsteuerung gut – weil ich auch mal loben soll. Über die Details kann man dann reden. Und dass der Personalabbau komplett aufgehört hat, ist ja auch nicht ganz richtig: Es gibt immer noch pauschale Minderausgaben, die immer noch aufgelöst werden müssen. Dieses Instrument ist immer noch da, obwohl die ganze Zeit gesagt wird: Der Personalabbau ist gestoppt. – Wie gesagt: Ich finde die Rhetorik manchmal ein bisschen seltsam.

[Beifall von Dr. Klaus Lederer (LINKE) und  
Heiko Herberg (PIRATEN)]

Es kommen ja auch durchaus größere Aufgaben auf die Justiz in den nächsten Jahren zu: Einmal – wie es eigentlich bei allen Verwaltungen ist – weil die Stadt wächst, und dann auch aufgrund solcher Sachen wie dem Anfang des elektronischen Rechtsverkehrs, die auch schon angesprochen wurden. Da hat der Kollege Rissmann gesagt, wir hätten 16 Millionen dafür – na ja, nicht im Haushalt! Das ist ja diese Sache mit SIWA und den Haushaltstechniken, die da jetzt eingeführt worden sind: Im Haushalt gibt es trotzdem Mittel dafür für die nächste Haushaltsperiode aus Gründen, die ich nicht verstanden habe. Die Mittel aus SIWA sollen dann wohl ab 2018 in größeren Summen abfließen. Da sollen die Haushälter darüber reden, ob das irgendwie sinnvoll ist. Ich würde sagen: Nein – aber gut!

Ist Herr Kohlmeier noch da?

[Sven Kohlmeier (SPD): Hier!]

Herr Kohlmeier! Sie können ja ein qualifiziertes Lob auch mal so, wie es gegeben wird, annehmen. Also mit der Gewaltschutzambulanz haben wir gemeinsam kein perfektes, aber ein gutes Ergebnis erzielt. Trotzdem geht natürlich noch mehr, und ich hoffe auch –

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

– Sie haben ja schon im Voraus meine Rede kritisiert; darauf muss ich auch antworten! – Also da sind wir auf einem Weg, der dann hoffentlich weitergegangen wird.

Vertrauliche Spurensicherung – da kann man jetzt über Definitionen streiten – steht jetzt im Beschluss. Das heißt noch nicht, dass die Mittel dafür auskömmlich sind. Aber das ist eine; das ist, sagen wir mal, die Lichtseite beim Thema Zuwendungsempfänger. Die Schattenseite ist gerade eben schon angesprochen worden: Ich verstehe tatsächlich nicht, warum man bei den finanziellen Spielräumen, die wir da jetzt haben, die wir auch brauchen und die Sie auch genutzt haben für diverse Dinge – ich komme darauf gleich noch zu sprechen –, eine Tarifierung bei den freien Trägern nicht möglich war. Ich verstehe es nicht! Das ist eine Summe, da haben Sie ganz andere Summen für ganz andere Sachen hin- und hergeschoben, und nach Aussage des Senats selbst spiegelt sich das auch

**(Dr. Simon Weiß)**

darin wider, dass Träger in wichtigen Bereichen des Opferschutzes, der Resozialisierung den Gürtel enger schnallen und Leistungen einschränken müssen. Insofern ist es mir nicht verständlich. Sie haben im Fachausschuss eine Aufforderung an den Senat beschlossen, dass der Senat sicherstellen soll, dass die Tarifierpassung stattfindet und er dafür Geld einstellt. Das haben Ihnen dann Ihre Kollegen im Hauptausschuss konsequent wieder weggestrichen, weil es keinen Sinn ergibt, und jetzt stehen wir da.

Wie gesagt, das Geld wäre in der Tat da gewesen. Sie haben es an anderer Stelle ausgegeben. Jetzt eine Bemerkung an den Senat gerichtet: Was ich in dem Zusammenhang sehr unglücklich fand, waren Bemerkungen in den Berichten, die danach klangen, als ob man die verschiedenen Träger da gegeneinander ausspielt, insbesondere das Thema: Na ja, wir können euch die Tarife nicht anpassen, weil die Gewaltschutzambulanz mehr Geld bekommen soll! – Ich will mal ganz deutlich sagen: So geht es nicht! Wir als Haushaltsgesetzgeber müssen darauf achten – oder Sie müssen darauf achten –: Die Träger können an der Stelle nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das geht auch an die Adresse von Herrn Graf, der vorhin in der Generalaussprache meiner Meinung nach eine sehr unglückliche Bemerkung gemacht hat, nämlich die, es gäbe ja schon genug Leute, die sich um die Resozialisierung von Straftätern kümmern in Bezug auf Opferschutz. Wir können nicht Opferschutz und Resozialisierung gegeneinander ausspielen. Das ist ein absolutes No-Go!

[Beifall bei den PIRATEN]

Beides ist absolut wichtig, und beides muss sich auch im Haushalt widerspiegeln. – Ich muss jetzt leider zum Schluss kommen.

Sie haben Geld ausgegeben für so großartige Projekte wie diese Hunde. Ja, die FDP-Hunde. Gut, dafür war Geld da. Das ist dann Ihr Konzept: Hunde statt Menschen im Strafvollzug, okay.

[Sven Kohlmeier (SPD): Drogen!]

Mit uns ist das nicht zu machen, wir werden den Haushalt in der Form ablehnen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Dr. Weiß! – Für den Senat hat jetzt das Wort Senator Heilmann. – Bitte!

**Senator Thomas Heilmann** (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 06 enthält die mit Abstand beste Grundlage für den Verbraucherschutz und die Justiz seit der Einheit. Das

lässt sich in Zahlen leicht ausrechnen. Die vielen Verbesserungen haben die beiden Sprecher der Koalitionsfraktionen, Sven Kohlmeier und Sven Rissmann, eben genannt. Bei beiden möchte ich mich ebenso ausdrücklich bedanken wie bei den Haushaltspolitikern. Ohne sie wäre das nicht möglich gewesen. Ich werde die beiden Sprecher nicht wiederholen. Wenn Sie es immer noch nicht wahrhaben wollen, dann lesen Sie es halt im Protokoll nach.

Ich möchte kurz auf die Einwände der Opposition eingehen. Erste Bemerkung: Sie hatten 90 Minuten Zeit in der Generalaussprache, als Opposition zu kritisieren. Sie haben alles Mögliche kritisiert, keiner hat auch nur eine Minute Justiz oder Verbraucherschutz kritisiert, das wird einen Grund haben. Zweitens: Sie haben zum Teil die Tatsachen nicht einmal richtig dargestellt. Ich denke, ich werde Ihnen jetzt mal die wesentlichen Konzepte, so kurz es geht, zusammenfassen.

Erstens: Dieser Senat hat, in zwei Stufen zugegebenermaßen und erst mit diesem Haushalt, eine vollständige neue Personalplanung für die gesamte Justiz, namentlich für den Justizvollzug, vorgelegt. Wir haben eine Ausbildungsoffensive gestartet. Wir werben um junge Leute, und wir stellen so viele Leute, Herr Behrendt, ein, wie wir maximal glauben, überhaupt auf dem Markt zu bekommen. Wir haben ja eine Wettbewerbssituation. Ich habe es Ihnen schon im Rechtsausschuss erklärt: Wir haben nicht mehr Stellen eingerichtet, sondern wir haben mehr Geld, die bisher unbesetzten Stellen auch zu besetzen, was im Ergebnis heißen wird, dass wir eine niedrige dreistellige Zahl an Menschen am Ende dieses Doppelhaushalts mehr haben werden als vorher. Und wir haben keineswegs mehr Häuptlinge eingestellt, sondern vor allen Dingen Indianer, um in Ihrer Wortwahl zu bleiben.

Zweitens: Wir haben eine Gebäudeplanung, bei der Ihre Kritik ehrlich gesagt schlicht unbegreiflich ist. Sie wollen die Teilanstalt 3 in Tegel sanieren. Wir wollen eine neue Teilanstalt bauen, weil man nämlich nicht gleichzeitig belegen und umbauen kann. Im Übrigen war es schon bei der Teilanstalt 1 so, dass wir sie aus rechtlichen Gründen leerziehen mussten und sie mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand nicht umzubauen ist. Deswegen wollen wir da eine neue Teilanstalt haben, genau um das zu tun, was Sie wollen, nämlich auch über Gebäudemanagement Resozialisierung zu betreiben. Es gibt eine ganz sinnvolle Planung, die übrigens die schrittweise Sanierung von Moabit – das wissen Sie auch – im laufenden Betrieb macht. Da ist die Teilanstalt 3 schon saniert, wie Sie wissen. Jetzt werden die anderen Teilanstalten nach und nach saniert.

Dann haben Sie etwas zum Umfang des Referendariats gesagt. Pro Bevölkerung bildet auch in diesem Haushalt niemand so viele Referendare aus, kein Bundesland, wie Berlin. In Brandenburg gibt es freie, unbesetzte Referendarstellen, obwohl Brandenburg schon mehr zahlt als wir.

**(Senator Thomas Heilmann)**

Ich finde es absolut zumutbar, in Berlin zu leben und in Cottbus ein Referendariat zu machen. Warum wir das mit Berliner Steuerzahlergeld weiter so überproportional finanzieren müssen, ist mir nicht begreiflich. Ich selber habe mein Referendariat in Bayern gemacht. Ich habe in München gewohnt und musste auch nach Rosenheim, Landshut und sonstwo hin. Das tut einem nicht schlecht, wenn man als Großstädter auch mal etwas sieht, was nicht Großstadt ist.

[Heidi Kosche (GRÜNE): Jetzt verstehen wir!]

Insofern ist das eine sehr schlüssige Gesamtkonzeption.

Völlig weggelassen haben Sie, dass es mit dem elektronischen Rechtsverkehr, den SIWA-Mitteln, den zusätzlichen Stellen ein Rundpaket für die Modernisierung der IT in der Gerichtsbarkeit gibt, in der Staatsanwaltschaft und übrigens auch im Vollzug, um mehr Zeit für Resozialisierung zu lassen und Standardfragen nicht mehr durch Bedienstete machen zu lassen.

Letzter Punkt: Opferschutz, den ich noch erwähnen will. Dazu gehört auch die Gewaltschutzambulanz. Wenigstens einige von Ihnen haben sich ja dankenswerterweise differenziert geäußert. Es war die Justizverwaltung, die das angestoßen hat. Es war dann die Koalition, die weiter finanziert hat. Ich weiß, dass wir alle eine dritte Stufe wollen. Die Charité ist aber gar nicht so weit, die brauchen dafür ein neues Gebäude. Deswegen ist es im Haushalt 2016/17 gar nicht sinnvoll, das zu finanzieren, weil es dafür an dem Gebäude fehlt. Das wird man in diesen zwei Jahren nicht hinbekommen. Wir arbeiten mit der Charité daran, ein Konzept für den dann folgenden Haushalt mit Gebäude hinzubekommen. Insofern macht das alles sehr viel Sinn, was wir machen.

Ich wollte noch kurz darauf hinweisen, dass wir auch im Verbraucherschutz nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Konzepte haben. Wir haben spezielle Verbrauchergruppen: Jugendliche, Senioren und Migrantinnen. Wir kümmern uns um Digitale, wir wertschätzen Lebensmittel, der Tierschutz hat erstmalig einen eigenen Haushaltstitel. Diese Koalition hat mehr für alternative Tierschutzforschung gemacht als jede Koalition vor ihr.

Und allerletzter Punkt, lieber Herr Behrendt: Dass Sie nun ausgerechnet das Gasnetz nennen. Ich finde, als Justizsenator habe ich die Aufgabe, den Senat darauf hinzuweisen, wenn etwas rechtswidrig ist. Nun hat das das Landgericht entschieden, das Kammergericht entschieden, und auch die Kartellbehörden sehen das so wie ich. Man kann ja von mir aus anderer Meinung sein, aber zu sagen, ich hätte da total unrecht gehabt, das halte ich für eine ziemlich einseitige Sichtweise der Dinge.

[Zurufe von den GRÜNEN]

In diesem Sinne: Freuen Sie sich, dass es einen guten Einzelplan 06 gibt! – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Senator! – Es liegen nun noch weitere Wortmeldungen zum Einzelplan vor zu den Themen Verbraucherschutz und Tierschutz. Das Wort hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Altug. – Bitte!

**Dr. Turgut Altug (GRÜNE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Heilmann! Sie haben hier gezeigt, wie wichtig Ihnen Verbraucherschutz ist, Sie haben nämlich zwei Sätze dazu gesagt, mehr nicht. Es muss mehr sein.

Während die Verbraucherzentrale Berlin nach den Plänen des Senats mal wieder eine Nullrunde einlegen sollte und in den Bezirken das Personal für Lebensmittelkontrollen fehlt, genehmigt sich die Verwaltung selbst gleich zehn zusätzliche Stellen; mehr als 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen nach dem hier vorgelegten Haushalt für den Verbraucherschutz zuständig sein. Es waren im Jahr 2013 24. Ich frage mich: Was tun diese Menschen? Diese Frage haben Sie uns bis jetzt nicht beantwortet. Vermutlich sollen sie das neue Hundegesetz umsetzen, wenn die Koalition noch die Kraft findet, es zu überarbeiten. Denn nach dem gescheiterten Bello-Dialog

[Andreas Gram (CDU): Gescheiten!]

haben die angehörten Sachverständigen am Gesetzentwurf des Senats kein gutes Haar gelassen. Mit dem zusätzlichen Personal kann dann hoffentlich verhindert werden, dass Verträge abgeschlossen werden, bevor das Parlament zugestimmt hat.

Wir freuen uns, dass der Senat einige unserer Initiativen aufgegriffen hat und weiterverfolgt. So wurde erkannt, dass der zielgruppenorientierte Verbraucherschutz für Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch für Jugendliche und Senioren weiter ausgebaut werden muss. Wichtig ist uns bei diesen Projekten, die von externen Trägern und Verbänden durchgeführt werden, jedoch die Transparenz – sowohl bei der Auswahl als auch bei den Ergebnissen.

Die immer größer werdende Zahl von Stadtämtern und -ämtern wird sich über die leicht erhöhten Mittel zur Förderung des Bienenschutzes und zur Stabilisierung der Bienenbestände freuen.

Wie bei so vielen neuen Herausforderungen reagiert der Senat auch beim Verbraucherschutz nur zögerlich oder gar nicht. Themen wie Transparenz und Nachhaltigkeit sind für den Senat noch immer Fremdwörter. Der Senat hat keinen Plan, egal, ob es um die Kennzeichnung

**(Dr. Turgut Altug)**

vegetarischer und veganer Lebensmittel oder die Einführung des Smiley-Systems geht, und schiebt die Verantwortung wahlweise auf Europa oder die Bezirke. Wir haben dazu Anhörungen durchgeführt und Anträge gestellt. Ich bin gespannt, ob sie in dieser Legislaturperiode zumindest noch beraten werden. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Beifall von Philipp Magalski (PIRATEN)]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Dr. Altug! – Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort der Herr Abgeordnete Jupe. – Bitte!

**Claudio Jupe (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Verbraucherschutzbereich ist eine Materie, die sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche zieht. Wenn Sie die Themen nehmen, die in den letzten drei, vier Jahren öffentlich diskutiert wurden, Kleinanlegerschutz, Elektroschrott, Lebensmittelkontrolle, Transparenz, Kodifizierung des Patientenrechts – ich könnte noch mehrere andere nennen –, dann sehen Sie, dass es an allen Ecken der Gesellschaft des Verbraucherschutzes bedarf. Ich glaube, das war auch ein Gedanke, der sich in den Koalitionsverhandlungen dieser Koalition manifestiert hat, die eben deswegen die Abteilung für Justiz und Verbraucherschutz geschaffen und ressortiert hat und ihr eine eigene Staatssekretärin zugeordnet hat. Das kann man nicht hoch genug einschätzen.

Mit der Staatssekretärin haben wir die Rahmenbedingungen der Verbraucherschutzarbeit grundlegend verbessert, abzulesen an den bisherigen Haushalten. Dort wurde die Verbraucheraufklärung durch mehr Mittel gefördert. Es war daher möglich, neue Themen anzugehen und zu erarbeiten.

Als Beispiel sei der Onlineschlichter erwähnt. Wie Sie wissen, wird der Handel im Internet immer wichtiger. Verbraucher brauchen auf diesem Marktplatz Schutz und Möglichkeiten, wahrgenommen zu werden. Das Stichwort ist Ausgleich, Ausgleich durch Schlichtung. – Ich kürze hier.

Darüber hinaus wurden andere Zielgruppen unterstützt. Vorbildcharakter hat dabei die Schulung von Multiplikatoren im Bereich türkischer und arabischer Gemeinden. Die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden, wird bewusst gefördert. Berlin hat mit diesem Mentorenprojekt neue Wege beschritten. Der zu beschließende Haushalt unterstützt dieses Projekt, gerade auch im Hinblick auf die Flüchtlinge und zu deren Nutzen.

Oben habe ich das Stichwort Verbraucherbildung erwähnt. Der Senat und seine Senatsverwaltungen für Verbraucherschutz und für Schule sind insoweit zu loben.

Die Einflechtung des Verbraucherschutzes in die Bildung der Jugendlichen hat bundesweit Vorbildcharakter. Ich finde das grundlegend. – Ich verkürze an dieser Stelle.

Es geht uns um eine verbrauchergerechte Welt. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Haushalt in den genannten Maßnahmen einen weiteren Schritt in eine verbrauchergerechtere Welt schaffen. – Danke!

[Beifall bei der CDU]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Jupe! – Für die Piratenfraktion hat nun das Wort der Herr Abgeordnete Kowalewski. – Bitte!

**Simon Kowalewski (PIRATEN):**

Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch im Verbraucherschutzhaushalt setzt sich – das hat Herr Senator Heilmann schon erwähnt – ein gefährlicher Trend fort. Während die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale stagniert, gibt es dafür mehr Projektmittel. Das heißt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Zeit darauf verwenden müssen, Projektanträge zu stellen, und damit diese Zeit nicht mehr für die Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher zur Verfügung steht.

Außerdem wird es durch die schleichende Projektisierung allen Verbraucherschutzes schwieriger, kurzfristig auf neue Trends oder Angebote zu reagieren. Wir haben im Haushalt 200 000 Euro für ein neues Hunderegister – eine Parallelstruktur zu existierenden Datenbanken, datenschutzrechtlich bedenklich und unnötig, zumal die Bezirke bereits angekündigt haben, dass es ihnen gar nicht möglich sein wird, diese Datenbanken zu pflegen. Stattdessen hungert Berlin die Tiersammelstelle aus, sodass der Berliner Tierschutzverein diese hoheitliche Aufgabe mit hochgezogenen Lefzen zu 90 Prozent aus Spendengeldern subventioniert, und das seit Jahren und eben auch noch bis Ende 2016, weil eine Kündigung vorher nicht möglich war. Ein neuer Betreiber soll per Ausschreibung gesucht werden. Wir wissen aber, wie gut Ausschreibungen in Berlin funktionieren. Wer sollte denn diese Tiersammelstelle günstiger betreiben können, ohne den Tierschutz zu gefährden, als das Tierheim?

Aber das ist ein geringer Kostenpunkt im Vergleich zu den 36,8 Millionen Euro, die der Senat für einen Tierversuchsneubau für die Charité ausgibt, und zwar direkt neben dem 24-Millionen-Euro-Tierversuchsneubau des MDC. Das ist dann der Senat, der sich – wir haben es gerade gehört – besser als je zuvor für den Tierschutz einsetzt? Ist das der Sinn des vielgelobten Berlin Institute of Health, über 60 Millionen Euro in den verschiedenen Haushalten zu verstecken

[Benedikt Lux (GRÜNE): Skandal!]

**(Simon Kowalewski)**

und damit auch direkt gegen den Koalitionsvertrag zu verstoßen, in dem es heißt, die Koalition werde sich für die Einschränkung von Tierversuchen einsetzen und verstärkt tierversuchsfreie Forschungsmethoden fördern? Dafür haben Sie gerade mal 10 000 Euro übrig, und die nur alle zwei Jahre für diesen Preis.

Zum Schluss: Wir reden hier nicht über Landwirtschaft.

[Beifall von Carsten Schatz (LINKE)]

Wir haben alle nicht über Landwirtschaft geredet. Wenn wir über Landwirtschaft reden, dann nur über das Endprodukt. Aber ich halte das für ein Problem, weiterhin. Berlin hat seine Kompetenz in der Landwirtschaft 2003 an das Monokultur- und Massentierhaltungsland Brandenburg verscheuert, sodass wir Berliner Initiativen zu Urban Gardening, solidarischer Landwirtschaft oder nachhaltiger Nutzung der Berliner Stadtgüter überhaupt nicht unterstützen können, während um uns herum überall Agroindustriunternehmen Flächen in einem Ausmaß zusammenkaufen und versuchen, dass dagegen jede LPG in der DDR im Vergleich wie ein idyllischer Bauernhof aus der CMA-Werbung aussieht. Und das müssen wir lustigerweise auch noch aus unseren Landesmitteln kofinanzieren. Das ist eine Schande. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich das ändert. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN, den GRÜNEN  
und der LINKEN –  
Sven Rissmann (CDU): Super! Ende!]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Kowalewski! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer nun dem Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz – unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Hauptausschusses Drucksache 2600 und der Aufgabenbeschlüsse des Hauptausschusses Nrn. 43 bis 49 vorbehaltlich der am Ende der Sitzung abzustimmenden Änderungsanträge der Fraktionen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Linksfraktion und die Piratenfraktion. Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen, dann ist dem so zugestimmt.

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 1 f:**

**Einzelplan 09 – Arbeit, Integration und Frauen –**

Ich verknüpfe dies mit der Beratung über die Aufgabenbeschlüsse des Hauptausschusses Nrn. 50 und 51, Drucksache 17/2600.

In der Rederunde beginnt die Fraktion der SPD. Es geht in der ersten Runde um die Arbeitsmarktpolitik. Das Wort hat Frau Abgeordnete Grosse. – Bitte!

**Burgunde Grosse (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich rede heute über den Einzelplan 09, für den Bereich Arbeit. Lassen Sie mich mit einem Beispiel anfangen!

Ende August berichtete die „Abendschau“ des RBB über das Beratungsangebot „Irren ist amtlich – Beratung kann helfen“, ein Projekt des Berliner Arbeitslosenzentrums Evangelischer Kirchenkreis, kurz BALZ genannt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts sind mit ihrem Beratungsbus regelmäßig unterwegs und beraten vor den zwölf Jobcentern die Erwerbslosen vor Ort. Am Ende ihres Beitrags berichtete die „Abendschau“, dass die weitere Finanzierung des Projekts nicht gesichert sei.

[Elke Breitenbach (LINKE): Genau!]

– Zuhören! – Die Moderatorin Cathrin Böhme fragte, ob die Politik nicht helfen könne. Deshalb freue ich mich, heute antworten zu können: Ja, die Politik kann helfen, und wir tun es auch. Wir werden dieses so wichtige Projekt für die Erwerbslosen in dieser Stadt erhalten

[Beifall bei der SPD]

und erstmals mit Landesmitteln unterstützen. Dafür stellen wir 2016 und 2017 jeweils 60 000 Euro in den Haushalt ein. Vielen Dank an die Haushälter, die das mitgetragen haben,

[Beifall bei der SPD und der CDU]

und zwar an die Haushälter aller Parteien.

Das war nur ein kleiner, für viele Bürgerinnen und Bürger jedoch sehr sichtbarer Teil des Einzelplans. Mit diesem Haushaltsplanentwurf ist es uns insgesamt gelungen, einen Großteil der wegfallenden ESF-Mittel mit Landesmitteln zu kompensieren und die allermeisten der bewährten Arbeitsmarktprogramme aus dem Kapitel Arbeit und Ausbildung zu erhalten. Im Zentrum steht nach wie vor unser Programm Berlin-Arbeit, das nachweisbar wirkt und erfolgreich ist.

Unsere Bemühungen, Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, werden wir weiter aufrechterhalten, Frau Senatorin, stimmt's? Die Berufsausbildung und berufliche Weiterbildung werden wir weiterhin fördern. Auch das Projekt zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, ARRIVO, das wir in diesem Jahr begonnen haben, werden wir fortsetzen und ausbauen. Ein Schwerpunkt des Haushalts liegt in der öffentlich geförderten Beschäftigung, mit der wir Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben.

Schließen möchte ich mit einem Projekt, das mir besonders am Herzen liegt, mit der Jugendberufsagentur. Mit ihr machen wir allen Berliner Jugendlichen ein Angebot aus einer Hand. An der entscheidenden Schnittstelle des Übergangs von der Schule in den Beruf bieten wir allen jungen Menschen unter 25 Jahren unter einem Dach